

Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Dresden Nr. 51.902
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Kont.: Elbkont Dresden, Grotzschke Dresden Nr. 666
Postfach-Kont.: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederporitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönsfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drazek, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Kunst, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Worte, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 4-spaltige Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4-spaltige Zeile mit 30 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Platzvorbehalten und schwierigen Sacharten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattpflicht erlischt: b. verpst. Zahlung, Abgabe ob. Kontur d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

209

Dienstag, den 8. September

1925

Painlevés große Geste

Die Eröffnungsrede Painlevés auf der vierten Tagung des Völkerbundes — Segen den Pessimismus der Welt

Deutschland zur Debatte gestellt

Nachdem die 35. Versammlung des Völkerbundes bereits seit Donnerstag vorletzter Woche ihre Beratungen aufgenommen hat, wurde Montag vormittag um 11 Uhr die vierte Vollversammlung des Völkerbundes von dem französischen Ministerpräsidenten

Painlevés

in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender des Völkerbundes eröffnet. Der Informationsaal, in dem jährlich die Völkerbundsversammlung zusammentrifft, war auf allen Tribünen überfüllt. Die außerordentlich starke Zuhörerschaft folgte den Ausführungen Painlevés mit großer Spannung und spendete seinen Darlegungen wiederholt Beifall, dem am Schluss eine gewaltige Ovation für Frankreich folgte. Die feierlich vorgetragene Eröffnungsrede Painlevés enthielt zunächst den Wunsch an die verschiedenen Delegationen. Der französische Ministerpräsident wandte sich sodann gegen den Pessimismus in der Welt, dessen blindes Vertrauen noch schlimmer sei als blindes Zutrauen, wobei er an das Wort des schweizerischen Bundespräsidenten Motta erinnerte, das nämlich die Danksprüche einen Fluch für die Welt bedeuteten. Die Mißtrauen, so führte Painlevés aus, betrachten ihre Kurzsichtigkeit als außerordentliche Weisheit und verhindern dadurch die Ueberfahrt über den bereits durchlaufenen Weg und über den Weg, der noch zurückzulegen ist. Zur Frage des

Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erklärte Painlevés: Es ist wichtig, daß der Völkerbund vollkommen die Rolle eines im Frieden arbeitenden Organismus spielen kann. Im Jahre 1920 hat der damalige schweizerische Bundespräsident Motta auf lebhafteste den Tag herbeigesehnt, den wir mit ihm herbeiwünschten, an dem alle Völker dem Völkerbund und dem Völkerbundsvertrag anhängen. Damals zählte die Völkerbundsversammlung 41 Staaten, heute zählt sie 54. Am 12. Dezember 1924 richtete Deutschland an den Völkerbund einen Brief, der die Bedingungen der Aufnahme in den Völkerbund betraf. Deutschland sprach darin seine Besorgnis gegenüber dem Artikel 16 des Völkerbundsvertrages und der eventuellen Verpflichtung zur Bewilligung des Durchmarsches der Truppen anderer dem Völkerbunde angeschlossener Staaten aus. Am 15. März erinnerte der Völkerbundsrat Deutschland in seiner Antwort einstimmig an die formellen Bestimmungen zum Beitritt eines Staates in den Völkerbund, die in dem Artikel 1 des Völkerbundsvertrages niedergelegt sind.

Der Völkerbundsrat verurteilte, die Bedingungen der deutschen Regierung zu gestreuen

und sprach Deutschland gegenüber den aufrichtigen Wunsch aus, es an den Arbeiten des Völkerbundes teilnehmen und damit für die friedliche Organisation eine Rolle übernehmen zu sehen, die seiner Stellung in der Welt entspricht. Die Völkerbundsversammlung schloß sich hierlich einstimmig diesem Wunsche des Völkerbundsrates an.

Painlevés fuhr fort: Die ungeheuren Hoffnungen, die die Welt auf den Völkerbund setzt, können nur schrittweise verwirklicht werden. Wenn ein unparteilicher Richter damit beauftragt würde, den Wert des Völkerbundes zu beurteilen, so würde er überrascht sein von der Entwicklung, die dieser genommen habe. Der Völkerbund sei dazu berufen, eine neue Denkart der Welt und eine neue Moral unter den Völkern zu schaffen.

Painlevés gab dann einen Ueberblick über die Tätigkeit des Völkerbundes, wobei er die Arbeiten des internationalen Gerichtshofes besonders betonte. Der Völkerbund habe ferner zur Erreichung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Oesterreichs und Ungarns beigetragen. Zum Beweise für die Beistungs-

Keine Neubildung der preußischen Regierung

Braun für Erweiterung der parlamentarischen Basis

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des preussischen Landtags kam Ministerpräsident Braun auf das Verlangen nach einer Regierungsneubildung zu sprechen. Er erklärte, die Regierung habe kein Bedürfnis nach einer Umbildung, sondern nach ruhiger und stetiger Arbeit. Die gegenwärtige Regierung sei ordnungsmäßig zustand gekommen, habe ein Vertrauensvotum erhalten, und so-

fähigkeit des Völkerbundes brauche man nur an die vielfachen Schwierigkeiten Polens und der freien Stadt Danzig zu erinnern, die einer glücklichen (!) Lösung entgegengeführt seien. Aber alle diese Fragen treten gegenüber dem Hauptproblem, der

Sicherheitsfrage,

vollständig in den Hintergrund. Das Verlangen nach einem Frieden, der auf die Gerechtigkeit begründet ist, habe den Völkerbundsvertrag und insbesondere dessen wesentlichen Teil zustande gebracht, der in den Artikeln 14, 15 und 16 niedergelegt sei. Um aber diese Artikel den verschiedenen Mächten anzuempfehlen und um ihnen ihre ganze Wirksamkeit zu verleihen, seien ergänzende Konventionen unerlässlich. Die bedeutendsten Persönlichkeiten des Völkerbundes arbeiteten denn auch eifrig an der Aufstellung solcher Konventionen, die trotz ihres obligatorischen Charakters die Souveränität der Völker respektieren. Painlevés erinnerte dann an die große Rede Herrlots auf der letzten Völkerbundsversammlung, die zu den drei fundamentalen Begriffen geführt habe, von denen jeder für sich wie auch ihre Ordnung selbst obligatorisch seien, nämlich Schiedsverfahren, Sicherheit und Abrüstung. Niemand habe die Arbeiten der letzten Völkerbundsversammlung vergessen, durch die die Rücken angestrichelt werden sollen, damit

die Gewalt sich nicht mehr freimachen könne. Unerlässlich seien auch die wertvollen Aufstellungen der den Völkerbundsmitgliedern auferlegten Pflichten, der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen für Verstöße gegen den Völkerbundsvertrag.

Am Schluss der letztjährigen Völkerbundsversammlung — fuhr Painlevés fort — habe Paul Boncour vor der Versammlung erklärt, daß das

Genfer Protokoll

keine Abänderung, sondern ein Nichtkommen-tar zu dem Völkerbundsvertrag sei. Damit rechneten die Urheber des Genfer Protokolls auf dessen sofortige Annahme durch die Regierung. Man dürfe sich weder enttäuschen, noch entmutigen lassen, wenn diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen seien. Wenn auch das Genfer Protokoll und die Abrüstungskonferenz hätten vertagt werden müssen, so seien heute zwischen den am weitesten am Sicherheitsproblem interessierten Staaten Verhandlungen im Gange, um zu den Vereinbarungen oder Schiedsverträgen zu gelangen, die mit dem Völkerbundsvertrage in Einklang stehen und die Aufrechterhaltung des Friedens sichern. Diese Verhandlungen seien von dem gleichen Geiste befeuert und unterschieden sich von dem Genfer Protokoll nur dadurch, daß die Verträge nur für einige Staaten gelten sollen. So werde der geplante Rheinpakt nur die Staaten umfassen, unter denen Schwierigkeiten entstehen könnten. Das Genfer Protokoll erdachte solche Sonderabkommen, die wie Painlevés betonte, in keiner Weise zu den allgemeinen Regeln des Genfer Protokolls im Widerspruch stehen.

Schiedsverträge

erklärte Painlevés, daß die Schiedsverträge, wie sie vom Völkerbunde vorgelesen seien, keine Ausnahme zulassen. Ihre Ausführung hänge

lange ihr das nicht entzogen werde, habe sie pflichtgemäß im Interesse des Staates zu arbeiten. Er bitte die Parteien, sie hierbei zu unterstützen. Er selber habe nach seiner zweiten Wahl erklärt, daß er bemüht sein werde, für sein Kabinett eine breitere parlamentarische Basis zu gewinnen. Seine Bemühungen seien bis jetzt leider erfolglos geblieben; er hoffe jedoch, daß im Laufe der nächsten Monate seinen Bemühungen Erfolg beschieden sein werde.

nicht allein vom guten Willen und den Abmachungen der Unterzeichner ab, sondern von der Garantie, die der Völkerbund selbst bietet. Das Sicherheitsproblem habe also heute unter anderen Bedingungen da als im vergangenen Jahre. Eine Lösung des Problems könne sogar durch Zusatzanträge zum Genfer Protokoll gefunden werden. Die Bestimmungen dieser Sonderabkommen würden nur die Staaten angehen, die das Sicherheitsproblem unter sich abschließend regeln wollten. Dagegen würden die allgemeinen Verpflichtungen der Völkerbundsmitglieder die gleichen bleiben, ohne daß sie in irgendeiner Weise erweitert oder geschwächt werden würden.

Nach der Wahl einer achtgliedrigen Prüfungskommission wurde die Versammlung auf 4 Uhr nachmittags zur Vornahme der Präsidentenwahl vertagt.

Dandurand Verhandlungspräsident

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt sich, daß 47 Staaten rechtsültig vertreten sind. Sieben Staaten, nämlich Argentinien, Bolivien, Katarika, Guatemala, Haiti, Honduras und Peru sind nicht vertreten.

In der Nachmittagsitzung des Völkerbundes, die von Painlevés 4 1/2 Uhr eröffnet wurde, wurde der kanadische Senator Dandurand mit 41 von 47 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der sechsten Völkerbundsversammlung gewählt. Nach der Wahl begrüßte Painlevés den kanadischen Senator und feierte Kanada als eine Wiege französischer und englischer Kultur. Präsident Dandurand dankte für die Wahl und gab Kenntnis von dem Tode des früheren französischen Ministerpräsidenten und Völkerbundsmitgliedes, Viviani und sprach der französischen Delegation und dem Völkerbunde das Beileid aus. Painlevés dankte namens der französischen Delegation.

Die Versammlung wurde dann einige Zeit unterbrochen, um die Wahl der Vizepräsidenten vorzubereiten. Nach der Wiederannahme der Sitzung gab Präsident Dandurand bekannt, in welcher Weise die 25 Punkte der Tagesordnung auf die sechs Kommissionen der Völkerbundsversammlung verteilt werden.

Gefälltes Bajonett gegen Deutsche in Tschechien

Bei der in Teplich-Schönnau 1925 den deutsch-tschechischen Vorleuten und der deutsch-tschechischen Arbeitskommission einberufenen Protokollversammlung gegen die Drangsalierung der deutschen Bevölkerung, die Proklamation der deutschen Schulen und die Gewaltakte des tschechischen Regimes in Marienbad ging ein großes Gendarmereiaufgebot mit gefälltem Bajonett gegen den deutschen Demonstrationszug vor und zerhütete ihn in zwei Teile. Eine zweite Gendarmereiteilung verwehrte dem Umzug des Vordringens zur Vizepräsidentenversammlung. Der Versammlung dem schloß sich große Erregung an. Als es der Menge gelang, den Gendarmen zu durchdringen, wurde die Lage äußerst kritisch. Die Gendarmereieilung wurde mit gefälltem Bajonett vor. Erst nach Intervention des Abgeordneten Knirsch wurde die Gendarmereieilung zurückgezogen. Ein Mann, der den Demonstranten zurief: „Seht doch auseinander, damit nicht unnötig deutsches Blut vergossen wird“ wurde verhaftet und dem Gericht eingeliefert.

Drei wichtige Fragen an Painlevé

Die große Sensation des Tages bildet die Rede, die der französische Ministerpräsident Painlevés zur Eröffnung der Völkerbundsversammlung in Genf gehalten hat. Die Bedeutung dieser Rede liegt darin, daß die französische Politik in taktischer Hinsicht einen ganz neuen Weg einzuschlagen beginnt, der die Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu einem diplomatischen Erfolg für Frankreich gestalten soll. Painlevés sprach zur größten Ueberraschung der Beteiligten die Forderung aus, daß der Völkerbundsrat sofort nach dem Zustandekommen des Sicherheitspaktes eine Weltabrüstungskonferenz einberufen soll. Frankreich werde an einer solchen Konferenz vorbehaltslos mitwirken, um dieses große Ziel zur Befriedung Europas und der Welt zu erreichen.

In deutschen Kreisen zweifelt man keinen Augenblick daran, daß es sich hier um eine große Geste Frankreichs handelt, um einen groß angelegten Schachzug der französischen Diplomatie, die vor aller Welt den Eindruck hervorrufen will, als sei sie restlos entschlossen, jede Sicherheit für den Frieden Europas zu bieten. Als der deutsche Reichskanzler Dr. Luther seinerzeit im Reichstage nach der ersten Briand-Note die Forderung auf allgemeine Abrüstung im Namen der deutschen Regierung ausgesprochen hat, wurde ihm dieses von den Regierungen Englands und Frankreichs ernsthaft verweigert, indem man betonte, Deutschland sei nicht dazu berufen, den Abrüstungsgedanken in die Debatte zu werfen. In der zweiten Briand-Note hat Frankreich das Abrüstungsproblem wesentlich vorläufiger behandelt und die Behauptung ausgesprochen, Deutschland sei schuld daran, daß die allgemeine Abrüstung noch nicht erörtert werden konnte, denn es habe sich absichtlich dem Völkerbund ferngehalten. Von deutscher Seite wurde hierauf unverzüglich geantwortet, daß diese französische Behauptung jeder Grundlage entbehre, denn im Jahre 1919 hat der deutsche Delegierte auf der Versailer Friedenskonferenz, Graf Brockdorff-Rantau, im Namen der damaligen deutschen Regierung ausdrücklich die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beantragt. Damals hielten es die alliierten Regierungen nicht für nötig, Deutschlands Mitwirkung am Völkerbund zu gewinnen, denn sie lebten den deutschen Antrag in der brüskeltesten Tonart ab, indem sie Deutschland für solange unwürdig für den Völkerbund erklärten, solange es nicht seine moralische Schuld am Kriege durch die Wiedergutmachungen getilgt habe. Es ist also unabweisbar erwiesen, daß die alliierten Regierungen selbst den berechtigten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verweigert haben.

Zimmerhin ist es für die deutsche Politik von denkbar größter Wichtigkeit, daß der französische Ministerpräsident die Initiative dazu ergriffen hat, schon jetzt die Einberufung einer großen Weltabrüstungskonferenz zu fordern. Nach der klaren und eindeutigen Erklärung der deutschen Regierung müßte eine solche Konferenz, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollte, dazu führen, daß alle dem Völkerbund angeschlossenen Mächte gemeinsame Vereinbarungen über die allgemeine Abrüstung treffen, und daß in Zukunft nicht Deutschland allein in Europa